Pressemitteilung

BSW
Kreisverband
Märkisch-Oderland

Busverkehr in MOL gefährdet: BSW warnt vor juristischem Fiasko durch rechtswidrige Notvergabe.

Neuausschreibung 7 Monate im Verzug- Lebensader für das Oderbruch und die Mobilität der Jugend steht auf dem Spiel.

Märkisch-Oderland: Nach einer Verzugszeit von sieben Monaten bei der Vorbereitung der Busverkehrs-Ausschreibung beabsichtigt die Kreisverwaltung Märkisch-Oderland, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) über eine Notvergabe abzusichern. Der **BSW Kreisverband Märkisch-Oderland**, der **BSW Unterstützerkreis Oderbruch** und die **BSW Jugend** in Märkisch-Oderland schlagen gemeinsam Alarm: Hausgemachte Fristversäumnisse rechtfertigen vergaberechtlich keine Notvergabe. Ein Nachprüfungsverfahren droht den Busverkehr komplett einzufrieren.

1. **Selbstverschuldete Fristversäumnisse sind kein juristischer Notfall**
   Eine Dringlichkeitsvergabe ohne reguläres Wettbewerbsverfahren ist gemäß Art. 5 Abs. 5 der EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sowie dem deutschen Vergaberecht an extrem strenge Bedingungen geknüpft. Zulässig ist sie nur bei unvorhersehbaren Ereignissen, die der Aufgabenträger nicht selbst zu vertreten hat. Wenn eine
   Verwaltung das Ausschreibungsverfahren jedoch über sieben Monate verschleppt oder verspätet einleitet, liegt nach ständiger Rechtsprechung der Vergabekammern ein klares organisatorisches Eigenverschulden vor. Sollte ein unterlegener Mitbewerber die Notvergabe anfechten, droht die sofortige Nichtigkeit des Vertrags.
2. **Oderbruch und Jugend tragen die Hauptlast**
   Der Busverkehr im Landkreis Märkisch-Oderland – allen voran im weitläufigen Oderbruch – ist keine freiwillige Leistung, sondern die essenzielle Lebensader der Daseinsvorsorge. Für Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende stellt der Bus oft die einzige Möglichkeit dar, Schulen, Ausbildungsstätten und Freizeitangebote zu erreichen. Ein Rechtsstreit mit drohendem Stillstand der Linien würde die ländliche Bevölkerung und die Jugend in der Region unverhältnismäßig hart treffen.

Unsere zentrale Forderungen an die Kreisverwaltung

Keine rechtswidrigen Notvergaben: Einstellung juristischer Experimente, die vor der Vergabekammer keinen Bestand haben und das Versorgungsrisiko auf die Bürger abwälzen.

Transparenz & lückenlose Übergangslösung: Sofortige Offenlegung der Gründe für die 7-monatige Verzögerung sowie Erarbeitung einer rechtssicheren Interimsvereinbarung mit dem bestehenden Betreiber.

Garantierte Anbindung für das Oderbruch: Lückenlose Aufrechterhaltung des Schüler- und Linienverkehrs ohne Taktstreichungen im ländlichen Raum.

Der Kreisvorstand MOL